
Freie Demokraten im Hessischen Landtag

SPORTWETTEN

08.09.2014

Bezüglich der nach Medienberichten unmittelbar bevorstehenden Erteilung der Konzessionen zur Veranstaltung von Sportwetten in Deutschland durch das bundesweit federführende Hessische Innenministerium erklärt der innenpolitische Sprecher der FDP-Fraktion im Hessischen Landtag, Wolfgang GREILICH: „Selbst wenn eine Erteilung von Konzessionen nunmehr offenbar bevorsteht, gilt für den Bereich der Sportwetten nach wie vor: Was lange währt, wird trotzdem nicht gut. Der Grund dafür ist jedoch nicht beim federführenden Hessischen Innenministerium zu suchen, sondern liegt im völlig missglückten Glücksspielstaatsvertrag. Eine rein quantitative Begrenzung auf 20 Konzessionen, völlig unabhängig davon, wie viele tatsächlich geeignete Bewerber es gibt, ist willkürlich und kann nie zu gerechten, geschweige denn zu gerichtsfesten Ergebnissen führen. Das einzige belastbare Ergebnis nach über zwei Jahren Konzessionsverfahren ist daher, dass der Staatsvertrag unbedingt geändert werden muss. Nur die Qualität eines Bewerbers darf entscheiden, ob er am Markt tätig werden darf oder nicht.“

Vor dem Hintergrund dieser absolut untauglichen Regelung ist nicht nur nachvollziehbar, sondern vielmehr nur folgerichtig, dass die offenbar erfolgreichen Bewerber wie die Tochter der staatlichen Lotteriesellschaften Oddset nunmehr auf schnelle Erteilung der Konzessionen drängen, wie auch verständlich ist, dass unterlegene Bewerber die bevorstehende Erteilung juristisch überprüfen lassen wollen. Es steht zu befürchten, dass die drohenden Verfahren bis vor den Europäischen Gerichtshof gehen und bis dahin keine Konzession genutzt werden kann, um keine Wettbewerbsnachteile zu erzeugen. Auch die EU-Kommission hatte schon mehrfach ernste juristische Bedenken gegen den Glücksspielstaatsvertrag vorgebracht, die auch durch das jüngste Urteil zum Sonderweg Schleswig-Holsteins noch nicht ausgeräumt sind. All das lässt nur einen Schluss zu: Ministerpräsident Bouffier muss umgehend dem von den Ministerpräsidenten geschaffenen Chaos ein Ende machen und sich mit seinen Amtskollegen aus den

anderen Bundesländern auf eine zügige Änderung des Vertrages verständigen, durch die jeder Anbieter, der Suchtprävention und Spielerschutz ernst nimmt sowie die entsprechende Zuverlässigkeit besitzt, auch am Marktgeschehen teil nehmen kann. Nur so wird es mittelfristig echten Verbraucherschutz und fairen Wettbewerb geben können.“

Kontakt:

Pressestelle der Freien Demokraten im Hessischen Landtag
Schlossplatz 1-3 | 65183 Wiesbaden
Telefon: 0611 350-566 | E-Mail: presse-fdp@ltg.hessen.de